

ESSAY

IMMER MEHR IST IMMER WENIGER

WER BESTIMMT EIGENTLICH ÜBER DEN FORTSCHRITT?

VON RICHARD DAVID PRECHT

Wäre der Kölner Dom heute noch zu realisieren? Ein Bauwerk mit einer Bauzeit von insgesamt 632 Jahren? Ein Prestigeprojekt mit zahlreichen Baustopps und vielfach geänderten Plänen? Ein Renommierprojekt der Herrschenden mit phantastischen Kosten? Und das alles, ohne dem Volk die Pläne vorzulegen, die Kosten vorzurechnen und ohne Abstimmung?

Auch der Eiffelturm würde heute wohl nicht mehr gebaut. Und, um in Deutschland zu bleiben, auch nicht die Wuppertaler Schwebebahn. Nichts davon ginge mehr. Jedenfalls nicht bei uns. Und weil das Wehklagen darüber groß ist, saß der Architekt Meinhard von Gerkan im November in einer Talkshow zum Thema Bürgerprotest, um dort zu erklären, dass er in China eine Satellitenstadt für 800 000 Menschen bauen kann, zehnmal schneller, als das in Deutschland möglich wäre.

Natürlich möchten auch die Gegner des Bürgerprotests in Deutschland keine Diktatur nach chinesischem Vorbild einführen. Sie möchten nur deren Vorteile genießen. Aber ein lautstarker Teil des deutschen Volkes wird immer rebellischer. Verweigert er den Fortschritt?

Fortschritt ist, wenn es immer schneller, höher und weiter geht, lautete das Credo des viktorianischen Zeitalters. Die Moderne fand ihren gebauten Ausdruck in Gusseisen und Stahl. Wohlstand für viele, das hieß vor allen Dingen: von allem mehr. Ideologien kamen und gingen, aber eines blieb: der Ruf nach Fortschritt durch Wachstum. Der enorme wirtschaftliche und soziale Erfolg in den Staaten der westlichen Welt gab dem recht. Und die Gleichung war über die letzten 150 Jahre so evident, dass heutige Statistiken keinen anderen Wert bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolgs zulassen als die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts.

Erfolg freilich macht häufig blind. Denn selbstverständlich ist nicht die Steigerung des BIP das vornehme Ziel von Wirtschaftspolitik. Vielmehr ist es deren Aufgabe, dazu beizutragen, möglichst vielen Menschen ein erfülltes Leben zu ermöglichen. Die Steigerung des BIP zum Ziel der Wirtschaftspolitik zu erklären ist in etwa so sinnvoll, wie zu behaupten, der Sinn der jüdisch-christlichen Religion sei die Erfüllung der Zehn Gebote. Wer so argumentiert, verwechselt das Ziel mit dem Mittel.

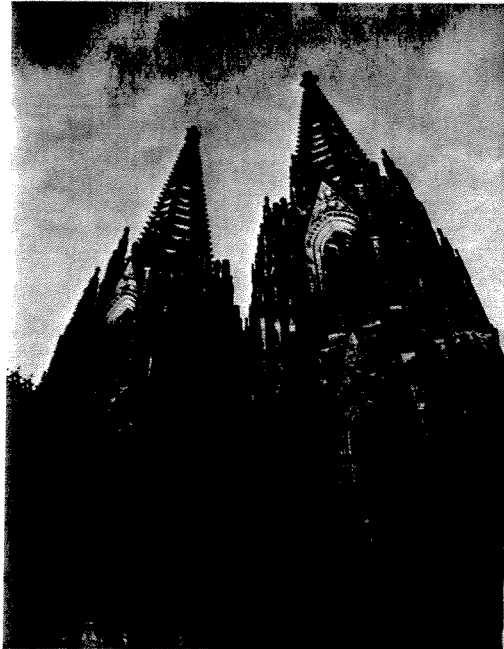
Die entscheidenden Fragen also lauten: Was ist heute ein erfülltes Leben? Und: Ist nur das „Mehr und immer mehr“ von etwas Fortschritt? Wenn das so wäre, was ist dann mit den kulturellen Fortschritten einer Gesellschaft, mit der Erklärung der

Menschenrechte, dem Rechtsstaat, den Rechten der Frau, der betrieblichen Mitbestimmung? Bereits Ende der mit kulturellen Fortschritten reich gesegneten siebziger Jahre unterschied der österreichische Philosoph Paul Feyerabend zwischen zwei Kategorien des Fortschritts: dem quantitativen und dem qualitativen. Der quantitative Fortschritt „Schneller Höher Weiter Mehr“ ist in sich wertneutral. Ein Mehr an Lebensmitteln ist gut, wenn Menschen hungern, und es ist überflüssig, wenn sie satt sind. Erst die Umstände entscheiden über die Qualität. Die Steigerung des BIP mag als positiv betrachtet werden etwa für den Arbeitsmarkt. Und dieser sichert wiederum unsere sozialen Sicherungssysteme. Sie verliert aber sofort ihren Zauber, wenn man dafür eine Schnellstraße etwa durch Rothenburg ob der Tauber baut, was vielleicht Arbeitsplätze schafft. Was auf der Strecke bliebe, wären qualitative Güter wie Schönheit, Ruhe, Heimat und das städtische Sozialgefüge.

Es gibt Wichtigeres im menschlichen Leben als materiellen Fortschritt, jedenfalls in einem reichen Staat wie der Bundesrepublik. Wenn man in Bangladesch allen Menschen 500 Euro im Monat zusätzlich garantierte, mehrte dies auf phantastische Weise längerfristig ihr Glück. Täte man das Gleiche in Deutschland, pendelte sich der Level für die meisten, mit Ausnahme der ganz Armen, nach kurzer Erregung sehr schnell wieder auf das alte Niveau ein. Auch mit dem zweiten Credo der Moderne ist dies nicht anders: Mehr ein maßlicher Zeitgewinn von einer halben Stunde zwischen Ulm und Stuttgart dauerhaft bundesdeutsches Menschenglück? So sehr, dass wir dafür

einige Milliarden für den neuen Stuttgarter Bahnhof und die Streckenführung investieren sollten? Noch weiter gefragt: Macht Zeitsparen beim Reisen glücklich? Wem wäre nicht aufgefallen, dass nahezu alle Verkehrsverbindungen in Deutschland seit Jahrzehnten schneller geworden sind und trotzdem heute kein Mensch mehr Zeit hat?

Die Jo-Jo-Effekte des materiellen Glücks und des Zeitsparens sind vielfältig erkannt und beschrieben. Doch welche Folgen zeitigt diese Erkenntnis in der Politik? Wenn man sich fragt, wo die Regierungskoalition in Bezug auf diese grundlegenden Erkenntnisse über menschliche Bedürfnisse steht, so lautet die Antwort: genau daneben! Achselzuckend nimmt man es in Berlin zur Kenntnis, sortiert es ein als psychologische Folklore, im sicheren Wissen, dass alles



Kölner Dom

Die entscheidende Frage: Was ist heute ein erfülltes Leben?

nur so geht, wie es bisher geht. Ein politischer Taoismus, der seinen Ausdruck findet im politischen Unwort des Jahres 2010: „alternativlos“. Als wenn nicht ein jeder Soziologe oder Politologe bestätigte: Eine pluralistische Demokratie, die ihre Politik als „alternativlos“ wahrnimmt, glaubt nicht mehr an sich selbst.

Dass sich unsere Gesellschaft dringend erneuern muss – ähnlich wie die alte Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre –, kommt bei vielen Eliten noch immer nicht an. Selbstverständlich wird man kein Gehör finden bei den Lobbyisten jener Firmen, deren Geschäfte von einer solchen Transformation bedroht sind. Und natürlich auch nicht von ihren vielen politischen Fürsprechern in Berlin.

Bedenklicher stimmt, dass man den Umbruch auch den vielen Journalisten nicht erklären kann, die über die „Wutbürger“ von Stuttgart staunen und meckern, allen voran jenen der „Generation Golf“, die ihr lieb gewonnenes altes Feindbild aus Kindertagen aus der Kiste holen wie ein längst verloren geglaubtes Kuscheltier – den „Gutmenschen“. Die Verbalberung der anderen ist ein probates Mittel, das große Loch in der eigenen Psyche zu füllen, der es an historischer Erfahrung mangelt, an Zielen und an Sinn.

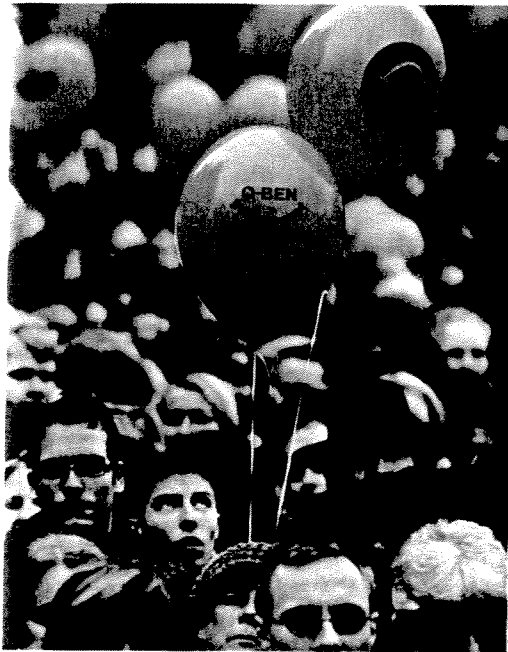
Gegen diesen anachronistischen Zug steht ein in ungezählten Umfragen dokumentierter Mentalitätswandel. Danach verwirklicht sich ein erfülltes Leben auf dem durchschnittlichen bundesdeutschen Wohlstandsniveau nicht weiter durch mehr Zeug, sondern durch mehr Zeit. Es realisiert sich in der Familie und unter Freunden. Und es ist geprägt durch Selbstbestimmung, Kollegialität, Verständnis, Humor und viele kleine Freiheiten bei einem ordentlichen Maß an sozialer Sicherheit. Mit SchnellerHöherWeiter hat dies oft wenig zu tun. Ein Weniger an Autos mit Verbrennungsmotor in unseren Städten kann ein Mehr an Lebensqualität sein. Technischer Fortschritt ist fast immer zweischneidig, daran lässt sich nichts ändern. Aber heute und erst recht in Zukunft werden die Bürger selbst darüber entscheiden, wo und wie sie diesem Fortschritt begegnen.

In solcher Lage nützt es den Freunden des „Weiter so“ wenig, die Protestierenden in Stuttgart, Gorbien, Hamburg und anderswo als provinziell zu brandmarken, als Hüter von Gartenzwergidyllen oder gar als Egoisten. Ist, wer an der tausend Generationen übergreifenden Sicherheit von Atommülllagerstätten zweifelt, ein Egoist? Ist es provinziell, eine solche Hochrisikogrube nicht vor der Haustür haben zu wollen?

Auch der Hickhack um neue Überlandleitungen für Windenergie beweist weder Fortschrittsfeindlichkeit noch Provinzialität. Kein Protestler, der gegen die Überlandleitungen aufmuckt, ist gegen die Windenergie. Gerungen wird allein um die Frage von Freilandleitungen oder Erdkabeln. Und vor allem: wer darüber zu entscheiden hat. Die Energiekonzerne oder die betroffenen Bürger, denen man die Masten aufs Grundstück setzen will? Immerhin wohnen die weltgewandten altruistischen Chefs der großen Energiekonzerne mit ihren Familien nicht unmittelbar neben den Kernkraftwerken oder Endlagern, deren Unbedenklichkeit sie uns zusichern. Und sie legen sich auch keine Stromleitungen über ihre Villen.

Und nicht zuletzt: Was spricht eigentlich gegen ein gewisses Maß an Eigennützigkeit bei betroffenen Bürgern? Muss, wer in unserem Staat gegen etwas protestiert, ein Heiliger sein? Ist ein Stuttgart-21-Gegner nur dann berechtigt, sich bei den „Guten“ zu wännen, wenn er gleichzeitig auf sein Auto verzichtet, die Hälfte seines Einkommens spendet und Vegetarier ist?

Die Widersprüche unseres heutigen Lebens lassen sich nicht am Reißbrett lösen. Sie sind kein Entweder-oder, wie in den frühen achtziger Jahren, als die Grünen rhetorisch laufen lernten. Stattdessen verlangen sie nach Trennlinien quer durch die etablierten Schemata von rechts und links, konservativ und progressiv, Wachstum und Verzicht, Provinzialität und Weltoffenheit. Die Weltanschauung der Gegner von Stuttgart 21 lässt sich nicht in ein überkommenes Schema pressen. Die alten Freund-Feind-Linien aus der Gusseisenzeit der deutschen Geschichte überzeugen nicht mehr. Sie haben sich aufgelöst in neuen Frontstellungen mit neuen Feindschaften und Solidaritäten: das Selbstbestimmungsrecht der Städte gegen die Bundesländer und den Bund; mehr Mitbestimmung der Bürger in Kommunen und Ländern gegen die verkrusteten Strukturen unserer repräsentativen Demokratie; mehr Kontrolle des Lobbyismus, mehr Gesetze gegen legale Korruption. Es geht mit einem Wort um die Frage: Wollen wir mehr Demokratie wagen oder nicht? Wollen wir mehr Politikbegeisterung zulassen, oder wollen wir sie mit Wasserwerfern bekämpfen? Wollen wir die Entscheidungen hinter den politischen Kulissen transparenter machen, oder wollen wir sie mit Macht unter Verschluss halten?



Protest in Stuttgart

Die Widersprüche unseres Lebens lassen sich nicht am Reißbrett lösen.

neue Städte und solche für die Restauration, Belebung und Umgestaltung der alten.

Die größten technologischen Innovationen der Gegenwart werden bezeichnenderweise in demokratischen Ländern mit reger Bürgerkultur entwickelt und nicht in Wirtschaftsdiktaturen. Ja, richtig, eine Stadt, am Reißbrett geplant für 800.000 Menschen, bekäme bei uns keine Regierung mehr durchgesetzt und kein Bauherr. Aber wozu auch? Die Deutschen werden bekanntlich immer weniger. Und ja, auch der Kölner Dom wäre heute in Deutschland nicht mehr zu bauen. Nur noch in Dubai oder China. Vieles, da haben die Freunde von Opas Fortschritt recht, wäre bei uns heute nicht mehr möglich. Aber es ist ja auch schon da.

Precht, 46, ist Philosoph und Autor. Sein Bestseller „Die Kunst, kein Egoist zu sein“ (Goldmann Verlag) erschien im Oktober.